

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 47 (1967-1968)
Heft: 11

Artikel: Die christlichsozialen Parteien Lateinamerikas
Autor: Molnar, Thomas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162035>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

rische Leistung der für die Forschungsplanung Verantwortlichen. An welchem Ort innerhalb dieses Spannungsfeldes der Entscheid schließlich liegen wird, hängt ebenfalls von irrationalen Momenten ab, wie von der Risikofreudigkeit, vom Ehrgeiz, vom Selbstvertrauen und nicht zuletzt vom Verantwortungsbewußtsein.

Fassen wir zusammen: Wissenschaftliches Tun bewegt sich im Rahmen der kartesischen Gewißheit im Bereiche der klaren und deutlichen Vorstellungen, in der «res extensa». Forschung bedient sich der wissenschaftlichen Methode unter Einbezug des irrationalen Beweggrundes, der «causa finalis».

Die christlichsozialen Parteien Lateinamerikas

THOMAS MOLNAR

Nahezu alle neueren Bücher über Lateinamerika sprechen von einer dort bevorstehenden Revolution. Besucher dieser Länder sind beeindruckt von dem Gegensatz zwischen arm und reich: der äußersten Armut in den «favellas» von Rio und den «barriadas» von Lima, und dem offen zur Schau getragenen Reichtum kolumbianischer oder brasilianischer Grundbesitzer. Journalisten unterhalten sich mit Guerillaführern in Peru oder Guatemala, die sie als die künftigen Landesherren in der Art eines Castro ansehen. Die Weltpresse ordnet Lateinamerika der gleichen Staaten-Kategorie zu wie Afrika und Asien: den unterentwickelten Ländern.

Man müßte aber noch weitere Bücher schreiben, wollte man an diesem sehr einseitigen Bild die nötigen Berichtigungen anbringen. Das Ergebnis würde ähnlich lauten wie die Schlußfolgerung, zu welcher *Henri Edme* in «Les Temps Modernes» (Mai 1966) gelangt: «In Lateinamerika ist die Revolution weder eine innere noch eine äußere Notwendigkeit. Sie ist nur eine Möglichkeit.» Das bedeutet, mit anderen Worten gesagt: die Revolution ist vermeidbar.

Ich selbst habe den Eindruck gewonnen, daß, im großen und ganzen, Lateinamerika die Gefahrenzone einer kommunistischen Machtübernahme hinter sich gelassen hat, und daß eine Stabilisierung, abgesehen von ein paar

noch zu tilgenden Flecken in diesem Bilde, durchaus kein unrealistischer Traum ist. Allerdings bleibt die Frage bestehen, auf welchem Niveau die Stabilisierung sich einstellen und wie oft sie wieder in Gefahr geraten wird. Es klingt paradox, aber in Wahrheit war es der Castroismus, der die Völker dieses Kontinents veranlaßte, sich ihrer Aufgabe bewußt zu werden: Die Erzählungen kubanischer Flüchtlinge aller Gesellschaftsklassen waren überzeugender als die Warnungen Washingtons. Die Folge ist, daß — mit Ausnahme einiger Intellektueller und Studenten — kein verantwortlich denkender Mensch heute an die Notwendigkeit eines revolutionären Umsturzes glaubt. Und die Intellektuellen selbst, weniger systematisch und doktrinär denkend als ihre nordamerikanischen und europäischen Kollegen, dafür aber von stärkeren Emotionen regiert, blicken heute eher nach Peking als nach Moskau — ein Beweis dafür, daß die Extreme gewalttätigen Handelns ihnen besser gefallen als alle mühselig ersonnene Theorie. Sogar die Guerilleros unter sich sind uneins: Ihre Führer halten sich an die Befehle des Kremls und beziehen von dort ihre Hilfgelder, die Truppen aber, meist Studenten, bekennen sich zu Mao Tse-tung. Nicht selten verraten sie sich gegenseitig der Polizei oder der Armee.

Der Kolumbianer *Fernando Guillén Martínez*, ein bekannter politischer Publizist, betrachtet die marxistische Subversionstätigkeit in Lateinamerika als ein Fehlunternehmen («*Raiz y Futuro de la Revolucion*», S.232). Aber er wirft eine andere Bewegung, eine jüngere und in mancher Hinsicht lebensvollere, mit den Kommunisten in einen Topf: diejenige der Christlichsozialen. Er spricht von «kindischem Aktivismus» und erklärt die Bewegung für bedeutungslos. Man mag Guilléns Mangel an Vertrauen und Achtung für die Christlichsozialen teilen, aber ich zweifle, ob man sie so leichthin abtun kann.

Die christlichsoziale Grundposition

Für den mitteleuropäischen Leser muß gesagt sein, daß zwischen der deutschen CDU, den italienischen Christlichdemokraten, den belgischen Christlichsozialen einerseits und den Parteien gleichen Namens in Chile, Venezuela, Peru oder sonstwo in Lateinamerika kaum eine Ähnlichkeit besteht. Für diesen Wesensunterschied gibt es mancherlei Gründe. Lateinamerika ist tief im Katholizismus verankert, und der Einfluß der Kirche ist allerorten wenn nicht entscheidend, so doch zumindest von starkem Gewicht. Ähnlich wie in Europa ist die Geschichte des Kontinents unauflöslich mit der Kirche und mit christlichem Gedankengut verwachsen. Alles, was in den letzten vierhundert Jahren geschah, läßt die Hand der Kirche erkennen und trägt ihre Prägung. In diesen Rahmen stellten sich — jahrzehntelang — die konservativen Parteien; kirchentreue Katholiken stimmten mit Selbstverständ-

lichkeit für sie. Liberale und radikale Parteien hingegen neigten zum Jakobiner- und Freimaurertum und waren ausgesprochen antiklerikal.

Heutzutage nun bilden die Katholiken keinen einheitlichen Block mehr. Der Kontinent ist in das Zeitalter der Industrialisierung, der Arbeiterunruhen und der linksgerichteten, oftmals kommunistischen Agitation getreten. Katholische Intellektuelle begannen während des letzten Jahrzehnts, in einigen Ländern schon in den dreißiger und vierziger Jahren, neue politische Parteien zu gründen; man war überzeugt, daß ein Sieg des Marxismus nur durch eine drastische und rasch zu vollziehende Hebung des Lebensstandards von Arbeitern und Bauern verhindert werden könnte. Das russische und chinesische Beispiel, auch dasjenige Kubas, haben gezeigt, daß ein *halb*industrialisiertes Land der kommunistischen Herrschaft leichter verfällt, als ein *voll*industrialisiertes. Auch haben wir das Beispiel Europas: Wenn die Kirche sich nicht schon im Anbeginn der Industrialisierung zu einer eindeutig fortschrittlichen Haltung bekennt, dann wenden die unteren Volksklassen sich vom Glauben ab und werden entchristianisiert wie das europäische Proletariat im 19. Jahrhundert.

Dies ist, in aller Kürze, die Haltung und die programmatische Ausgangsstellung vieler Katholiken, seien sie Prälaten und Priester oder Professoren, Journalisten und Gewerkschaftsführer. Dies ist auch der ideologische Kerngedanke der christlichsozialen oder christlichdemokratischen Parteien. In der Praxis freilich sind diese Parteien und ihre Wortführer radikaler, als es die bisherige Beschreibung erkennen läßt. Die Form von Kapitalismus, mit der sie vertraut sind, ist die nordamerikanische, und diese ist für sie gleichbedeutend mit der puritanisch-protestantischen Mentalität und mit der für eine solche Industriegesellschaft typischen religiösen, kulturellen und sozialen Aufsplitterung. Im Gegensatz hierzu glauben sie, daß der Katholizismus — oder vielmehr eine noch unklar konzipierte, vom Konzil her veränderte Form des Katholizismus — fähig sei, die lateinamerikanische Gesellschaft zu modernisieren und gleichzeitig den einigenden Geist der Religion Christi zu erhalten. Unvermeidlich ist hierbei ein Hinneigen zur sozialistischen Gesellschaftsform oder zumindest zu einer halbverstaatlichten Wirtschaft, die freilich einer genauen Definition zur Zeit noch entbehrt.

Diese Grundposition bringt manche Folgen mit sich: In allen Ländern, wo eine christlichsoziale Partei besteht, beobachtet man eine Spaltung zwischen alter und junger Generation. Die älteren Mitglieder, oftmals dissidente Konservative, erinnern sich der Zeiten, als die Partei erst eine Bewegung war, nicht dazu bestimmt, am politischen Betrieb teilzuhaben, sondern bestrebt, das öffentliche Leben mit christlicher Lehre zu erfüllen. Häufig genug zögern diese Leute, sich auf Machtkämpfe einzulassen und mit unhaltbaren Wahlversprechen aufzutreten. Die jüngere Generation der Christlichsozialen hat keine solchen Hemmungen. Ziemlich oberflächlich,

was die gedankliche Fundierung betrifft, sind sie voller Betriebsamkeit und freuen sich darauf, an die Macht zu gelangen. Zu ihnen stoßen ungeduldige Priester, revolutionär gesinnte Studenten und nationalistische Wirtschaftler, die dem nordamerikanischen Unternehmertum feindlich gesinnt sind. Und hier liegt eine Gefahr für die Zukunft: das Gravitations-Zentrum der Parteien, zumal dort (wie in Chile), wo sie an die Macht kommen, könnte unaufhaltsam nach links hinübrücken, bis sie, als neue Massenbewegungen, schließlich von anderen sozialistischen Gruppen nicht mehr zu unterscheiden sind.

Eine solche Entwicklung würde auch die Kirche in Mitleidenschaft ziehen, denn diese würde sich dann einem Dilemma gegenüber sehen. Gibt sie der christlichsozialen Partei ihre Unterstützung, so bindet sie sich — vielleicht unwideruflich — an eine große politische Organisation, die nur noch dem Namen nach christlich ist. Im andern Fall, wenn sie ihre Unterstützung versagte, würden diese Parteien sich zu völlig säkularisierten, bestenfalls religiös indifferenten politischen Gebilden entwickeln. Es bestünde alsdann eine große Wahrscheinlichkeit, daß die Bezeichnung «christlich» nicht mehr bedeuten würde als ein Firmenname, eine Etikette. Anzeichen hierfür sind in Chile bereits recht offenkundig. Der Wahlsieg, den Eduardo Frei 1964 gegen die kommunistisch-sozialistische Koalition errang, war kein Beweis dafür, daß die Mehrheit der Wähler seine Partei begünstigte, sondern er war bedingt durch die Furcht, daß Senator Allende, ein Castro-Anhänger, Präsident werden könnte. Eine große Zahl Konservativer und Liberaler, vor allem viele Frauen, gaben ihre Stimme den Christlichsozialen, beraten durch die Kirche, die ihnen sagte, daß es keine Alternative gäbe. Man hat berechnet, daß die echten christlichsozialen Stimmen nur etwa 25 % der insgesamt für Frei abgegebenen Stimmen ausgemacht haben. Inzwischen hat Freis Partei ihren Linkskurs eingeschlagen, der sicherlich nicht nur Freis Wähler enttäuschen wird, sondern ebenso die gleichgesinnten Wählerschaften in anderen Ländern, wo eine christlichsoziale Partei in den Machtkampf eingetreten ist, wie in Venezuela, Peru, Kolumbien, Bolivien und anderswo.

Um die Bedeutung der christlichsozialen Parteien richtig einzuschätzen, müssen wir zwei wesentliche Aspekte ihres Verhaltens überprüfen: Erstens stellt sich die Frage, ob ihre Diagnose der augenblicklichen Situation richtig ist, zweitens, welches Programm sie vertreten, um der Situation — so, wie sie ihnen erscheint — gerecht zu werden.

Dürftige Diagnosen und quasi-marxistische Programme

Die Christlichsozialen machen sich die stereotype Ansicht zu eigen, daß die lateinamerikanischen Länder einer radikalen Änderung ihrer sozialen Struktur bedürfen. Zwei belgische Priester-Soziologen, *Houtart* und *Pin*,

schreiben in einem jetzt vielbeachteten Buch über «The Church and the Latin American Revolution», daß ein Wechsel «welcher Art auch immer» zu begrüßen wäre, und sie weisen auf Kuba hin als das einzige Land, wo «die Revolution vollendet wurde, weil sie alles (vorher Bestehende) zerstörte». Die Sprache dieser Autoren ist quasi-marxistisch, wenn sie zum Beispiel die alte Cliché-Auffassung wiederholen, daß, «wer radikalen Reformen widerstrebt, in Wahrheit die bestehende soziale Ordnung verteidigt». Es kommt ihnen nicht in den Sinn, daß es eine andere Analyse der bestehenden Lage geben könne, die von der ihrigen abweicht. Ihr Buch kommt zu keiner besseren Schlußfolgerung als der Empfehlung, «auf allen Ebenen der Gesellschaft die Errungenschaften der technologischen Welt einzuführen und nur solche Kulturwerte zu schonen, die kein Hindernis auf diesem Wege bilden». Das ist nicht nur gedanklich unklar — es widerspricht auch der eigenen Anschauung der Autoren. Die beiden Priester, und viele andere mit ihnen, verurteilen die Anwesenheit ausländischer, vornehmlich nordamerikanischer Unternehmen auf südamerikanischem Boden, obwohl es doch gerade diese sind, die — neben manchem Guten und auch Bösen — für die Verbreitung technischer Errungenschaften sorgen. Die Autoren scheinen zu glauben, daß der südamerikanische Kontinent sich aus eigenen Kräften zum Wohlstande aufschwingen könne, nämlich durch einen «Wandel der sozialen Struktur» innerhalb eines jeden Landes und durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, der sie zusammenschließt. Sie sind ebenfalls fest überzeugt, daß es die Vereinigten Staaten sind, die durch brutale und raffinierte Druckmittel jede Form einer wirksamen und dauernden Zusammenarbeit verhindern. Nicht nur bei Leuten, die sich offen zum Kommunismus sowjetischer oder chinesischer Prägung bekennen, sondern auch bei Christlichsozialen habe ich eine ausgesprochen aggressive antinordamerikanische Gesinnung angetroffen. Sie verurteilen nicht nur den Krieg in Vietnam, sondern auch die Intervention in der Dominikanischen Republik und die Handelssperre gegen Kuba. Die Wahrheit nun ist, daß die oft herbeigewünschte Änderung der Sozialstruktur sich sowieso bereits unter dem Zwange ökonomischer Kräfte vollzieht. Man sollte diese Dinge nicht auf eine Parteifahne schreiben, auch nicht im Namen der Kirche fordern; dergleichen führt nur zu Verwirrung und Unordnung und verlangsamt den Prozeß der Modernisierung, den die Christlichsozialen so dringlich fordern. Diese sich übrigens ständig beschleunigende Entwicklung ist bedingt durch die sich anbahnende Freizügigkeit der bäuerlichen Bevölkerung, die in die Städte zieht und — vorerst noch — die Löhne tiefhält. Ihr Auftreten auf dem Konsumgütermarkt aber wird, über längere Frist gesehen, die Löhne auf höherem Niveau normalisieren. Zugegeben: die «barriadas» am Rande Limas sind kein hübscher Anblick, aber im Vergleich zu den Lebensbedingungen im Hochlande von Peru haben sie doch Besseres zu bieten. Nur 1 % der Slum-

bewohner ist arbeitslos, und 70 % von ihnen haben eine feste Anstellung. Wenn die kommunistischen Guerillabanden im unzugänglichen Hochgebirge bleiben und sich nur durch gelegentliche Überfälle auf einsame Dörfer und Farmen am Leben erhalten können, so deutet dies darauf hin, daß die Zeit vorüber ist, als sie sich bei Bauern und Stadtvolk beliebt zu machen verstanden.

Auch was die interamerikanische wirtschaftliche Zusammenarbeit betrifft, so müssen die Tatsachen genauer geprüft werden, als es in den christlich-sozialen Veröffentlichungen geschieht. Gleich wie in Afrika beläuft sich der Handel zwischen den lateinamerikanischen Staaten nur auf 10 % ihres Gesamthandels. Die andern 90 % sind auf die Vereinigten Staaten und Europa ausgerichtet. Dies überrascht weiter nicht, denn volle 60 % der lateinamerikanischen Arbeitskräfte finden in der Landwirtschaft Beschäftigung. Was könnten diese noch so unzureichend industrialisierten Länder einander im Handel bieten? Der geringe interne Handel erstreckt sich auf Lebensmittel und Rohmaterialien; was Fertigfabrikate betrifft, so laufen diese kaum über die normalen Handelswege mit ihren Zollstellen. Weit häufiger werden sie von Land zu Land über Gebirgspässe oder durch den Urwald geschmuggelt.

Wirtschaftlicher Nationalismus als Hindernis wirtschaftlicher Entwicklung

Eine Besserung der Zustände wird nicht dadurch herbeigeführt, daß man ein Geschrei nach einer neuen Sozialstruktur anstimmt, sondern indem man die Industrialisierung vorantreibt und eine vielseitigere Investitions- und Produktionspolitik betreibt. Das größte Hindernis auf diesem Wege ist das krampfhafte Bestreben, Nationalwirtschaft zu treiben, eine Tendenz, die um ihrer demagogischen Wirkung willen von allen Parteien vertreten und neuerdings auch von den Christlichsozialen mehr und mehr betont wird. In Venezuela zum Beispiel, wo das Erdölgeschäft die größte Einnahmequelle in ausländischer Währung darstellt, verfügte die Regierung vor einigen Jahren überraschend, daß ausländischen Ölgesellschaften keine neuen Konzessionen mehr gewährt würden. Das Ergebnis ist ein Rückgang der Einnahmen aus Erdöl; das Privatkapital zieht sich zurück, weil es konfiskatorische Maßnahmen befürchtet. Der Regierung fehlt es an Mitteln, um neue Bohrungen vorzunehmen, und die noch verbliebenen ausländischen Gesellschaften meiden neue Investitionen und dehnen ihr Geschäft nicht weiter aus. Man hat berechnet, daß es zwanzig Jahre dauern wird, bis Venezuela aus eigener Kraft auf dem Erdölmarkt mit dem Mittleren Osten wieder in Wettbewerb treten können. Bis dahin aber wird die Atomenergie das Erdöl als vorherrschenden Brennstoff aus seiner augenblicklichen

bevorzugten Stellung verdrängt haben. In der Zwischenzeit wird auf lebensnotwendige Einnahmen verzichtet, während eine kluge Investitionspolitik diese hätte nutzen können, um die Wirtschaft vielseitiger zu gestalten und das Land aus der Abhängigkeit vom Öl — schließlich auch aus der Abhängigkeit von fremdem Unternehmertum — herauszulösen.

Angesichts dieser Sachlage haben sich die Christlichsozialen ein Programm zu eigen gemacht, das eine Mischung darstellt aus dem der alten revolutionären Parteien (Bétancourt, Haya de la Torre, Vargas, Cardenas u.a.) und dem der Neomarxisten. Der Unterschied besteht darin, daß die alten Parteien, die einen langen Weg hatten zurücklegen müssen, ehe sie an die Spitze gelangten, sehr wohl wußten, daß im politischen Bereich — außer in Wahlreden — alle Schwarzweißmalerei verfehlt ist. Sie hatten die Verstaatlichung der Wirtschaft zur unbedingten Forderung erhoben, aber in der täglichen Praxis wurde mancher Kompromiß geschlossen. Die jungen, erst neu hinzutretenden Christlichsozialen, in ihrem Eifer angefeuert von ihrer Kerngruppe intellektueller und kirchlicher Mitglieder, treten in den politischen Kampf ein oder übernehmen die politische Macht in einem Kreuzfahrergeist — und mit mancherlei Ideen, die erst noch der Prüfung bedürfen. Sie wollen von heute auf morgen Ergebnisse sehen, sie behaupten, daß alle anderen Parteien sich den «Yankees» ausgeliefert hätten, und damit die extreme Linke ihnen den christlichen Stempel verzeihe, geben sie sich alle Mühe, diese im revolutionären Wettkampf noch zu übertrumpfen. Vielleicht ist ihre Ungeduld der gefährlichste Aspekt ihrer Haltung. Geschäftsleute in Caracas erzählten mir, daß die Christlichsozialen der COPEI von einer Kollektivierung der einheimischen Industrie sprächen, ähnlich etwa wie Bauern in Süditalien übereinkommen, sich auf gemeinsame Kosten eine neue Weinpresse anzuschaffen. Demgegenüber ist festzustellen, daß Verstaatlichungen bisher im allgemeinen wirtschaftlich enttäuscht haben — gar nicht zu reden von ihren Folgen, die erst die Zukunft bringen wird. Nationalisierte Ölquellen, Zinn- und Kupferminen, Fischereien und Obstplantagen zeigen mit bedauerlicher Regelmäßigkeit weiter nichts als fallende Erträge. Dies hat seinen Grund vor allem darin, daß die Nationalisierungsmaßnahmen im Parlament immer von der Mehrheitspartei durchgedrückt werden, die ein wahltechnisches Interesse daran hat, eine kopfstarke und festverankerte Bürokratie zu schaffen, die dann diesen Betrieben vorsteht. Der Tag liegt noch in ferner Zukunft — wenn er überhaupt jemals kommen wird —, an dem die Produktion das vor der Nationalisierung bestehende Niveau wieder erreichen wird. Die Einkünfte aus den bolivianischen Minen zum Beispiel sind nach der im Jahre 1952 im Zuge der Revolution durchgeführten Verstaatlichung drastisch gefallen; die Betriebe arbeiten seither mit Verlust.

Trotz dieser Erfahrungen bildet der Wirtschaftsnationalismus (auch «Zentralisierung» genannt) eine Forderung ersten Ranges im Programm der

Christlichsozialen, sei es auch nur, um den Einfluß fremder, vornehmlich nordamerikanischer Interessen auszuschließen. Es ist eine Sache politischer Überzeugung, doch steckt zugleich das Bestreben dahinter, mit extrem linksgerichteten Parteien und Gruppen erfolgreich zu konkurrieren. Leider führt all dies zu einem tragischen Circulus vitiosus: Solange die nordamerikanischen Unternehmen sich in einer überlegenen Machtstellung befinden, liegt es auf der Hand, daß sie bedeutende Bewegungsfreiheit genießen — doch ist diese im Lauf des letzten Jahrzehnts allerdings bereits wieder erheblich eingeschränkt worden; je mehr Beschränkungen ihnen auferlegt werden, desto mehr zögern sie und andere ausländische Unternehmen, weitere Investitionen zu wagen — und dies zu einer Zeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, wo die Masse der städtischen Bevölkerung in der Gefahr schwebt, der Arbeitslosigkeit anheimzufallen. Für die Wohlfahrt dieser eben jetzt im Aufstieg begriffenen Länder wäre es von größten Wichtigkeit, ausländischem Anlagekapital einen angemessenen Grad an Sicherheit zu garantieren. Sobald von Kollektivierung die Rede ist, werden Geldgeber entmutigt, wie das Beispiel Brasiliens unter der kurzen und fehlgesteuerten Präsidentschaft Joao Goularts (1962/64) gezeigt hat. Die gegenwärtige und alle zukünftigen Regierungen werden ihren Kampf gegen die Inflation fortsetzen müssen, der man damals die Zügel schießen ließ.

Die Aufgabe der Bodenreform

Die Christlichsozialen stehen auch vor der Aufgabe einer radikalen Bodenreform, ein Thema, das in ganz Lateinamerika, einem wie schon erwähnt vorherrschend landwirtschaftlich orientierten Kontinent, am heftigsten diskutiert wird. Es handelt sich nicht darum, viel neues Land für die Bebauung zu erschließen; das Problem liegt vielmehr in der Primitivität der Bauernbevölkerung. Die Bodenreform ist ein so unermesslicher Komplex von Aufgaben, daß sie hier nur skizzenhaft behandelt werden kann. Es mag genügen, zu sagen, daß auch sie die Modernisierung voraussetzt, die wiederum mit der Frage der Industrialisierung und der Ernährung der städtischen Bevölkerung zusammenhängt. Der Bauer könnte mit seinem primitiven Werkzeug die Gesamtbevölkerung nicht ernähren, falls ein großer Teil derselben allzubald landwirtschaftlich unproduktiv würde. Man hört allgemein in Lateinamerika die Ansicht, der Ausweg liege in der Enteignung großer Güter. In manchen Einzelfällen ist eine solche auch tatsächlich zu empfehlen, vor allem dort, wo der Gutsherr durch ständige Abwesenheit glänzt oder wo der Ertrag an dringend benötigten Lebensmitteln unzureichend ist. Viele Gutsbesitzer ziehen es vor, Dinge zu produzieren, die rasch gegen fremde

Währung abgesetzt werden können, anstatt Getreide anzubauen. Aber oft drängt sich eben eher der Schluß auf, daß es offenbar leichter ist, eine wohleingerichtete Farm zu nationalisieren, als ein Stück unkultivierten, in Staatsbesitz befindlichen Landes den Bauern zu geben und diesen mit Staatsmitteln auf die Beine zu helfen. In Brasilien zum Beispiel sind 70 % des Bodens im Besitz der Bundes- oder Landesregierungen. Die Urbarmachung vollzieht sich äußerst langsam, während andererseits Millionen ausgegeben werden für den Bau von Brasilia, der häßlichen und unpraktischen neuen Hauptstadt.

Durch revolutionäre Schlagworte zu politischem Erfolg?

Wir sehen aus alledem, daß die Christlichsozialen als politische Partei Erben einer sehr verwickelten Lage geworden sind. Es wird schwer für sie sein, der Versuchung zu widerstehen, der alle lateinamerikanischen Parteien und Regierungen unterliegen, nämlich mit demagogischen Mitteln ans Werk zu gehen. Hinzu kommt, daß sich der Riß zwischen ihrem rechten und linken Flügel vertieft, wie es ja der Verschiedenheit ihrer Wähler entspricht. Wenn sie oder falls sie an die Macht gelangen (bisher ist Chile das einzige Beispiel), muß notwendigerweise zwischen der politischen Führung und der Ideologengruppe ein Konflikt entstehen.

Diese Ideologen, viele von ihnen einheimische Kleriker und auch ausländische Priester, die mit bereits fertig geformten Lehren und Meinungen ins Land kommen, sprechen offen von «Revolution» und bekennen sich zum «Klassenkampf». In Ländern, die kaum mit der Industrialisierung begonnen haben, empfehlen sie die Beteiligung der Arbeiterschaft an der Führung der Unternehmen, bringen Kapitalismus und «Technokratie» in Verruf, verlangen eine «Aussprache mit den Marxisten» und so fort. Jedes dieser Schlagworte ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen Lateinamerikas unrealistisch und destruktiv. Der «ideologische Sekretär» (sic!) des kolumbianischen «Partido Social Cristiano» *F. de Paula Jaramillo*, schreibt, daß seine Partei das kapitalistische Unternehmertum durch ein «kommunales» Unternehmertum ersetzen und die Arbeit als Kostenfaktor abschaffen wolle! Der Chefideologe aller sozial-christlichen Bewegungen, der belgische Priester *Roger Vekemans* (Santiago de Chile), hat eine Theorie entwickelt, die sich «communitarianismo» nennt, ein System, unter dem Banken, Fabriken und andere Betriebe in den Besitz aller in ihnen arbeitenden Personen übergehen sollen. Der Vorschlag bezweckt die Beseitigung aller Klassen- und Einkommensunterschiede — ein Ziel, das dieses System offensichtlich niemals erreichen könnte. Er müßte, würde man ihn konsequent befolgen, logischerweise zur totalen

Kollektivierung führen. F. Vekemans aber denkt nicht so weit und begnügt sich mit Darlegungen, die mit halbverstandenen Teilhardschen Vorstellungen angereichert sind. So werden wir zum Beispiel belehrt, daß Naturwissenschaft und Technik eine Mutation der menschlichen Rasse bewirken und daß die Menschheits-Revolution durch eine Elite eingeleitet werde, die befähigt sei, den Massen dynamische Kräfte zu verleihen und sie zu einem «neuen Bewußtsein», zur Selbstverwirklichung, zu führen.

Solche Worte finden Widerhall bei dem neuerdings weltbekannt gewordenen Erzbischof von Recife, *Dom Helder Camara*, mit dem ich im vergangenen Herbst eine lange Unterredung hatte. Dieser Prälat ist der Inspirator der Christlichsozialen in Brasilien, wo die Bewegung freilich, wenn nicht schwächer, so doch weniger straff geführt ist als anderswo. Was mich überraschte, war der Glaubenseifer, mit dem er halbklares und nicht zu Ende gedachte Ideen, auch internationale Schlagworte, vortrug. Die Vereinigten Staaten stellen für ihn eine erdumspannende Piratennation dar; Bankiers, Geschäftsleute und Grundbesitzer werden in Bausch und Bogen auf das heftigste angeprangert; daneben freilich sieht er in einer interkontinentalen Zusammenarbeit die einzige Hoffnung, die der Menschheit bleibe. Auch Dom Helder fordert ein «Erwachen der Armen zu neuer Bewußtheit».

Auf der Suche nach wirksamen anticastristischen Kräften entdeckte Washington zu Beginn der sechziger Jahre die Christlichsozialen. Im Jahr 1964 unterstützte die US-Diplomatie Eduardo Frei erfolgreich gegen seinen Opponenten, und für eine kurze Zeit hoffte das State Department, daß unter der (mehr oder weniger diskreten) Beihilfe von Kirche und von noch religions-treuen Intellektuellen die Christlichsozialen den Kontinent erobern würden. Im Januarheft 1966 der «Foreign Affairs» schrieb *John Cabot Lodge* einen Artikel über die politischen Kräfte in Lateinamerika und kam zu dem Ergebnis, daß der christliche Sozialismus Schwungkraft, Intelligenz, antimarxistische Gesinnung und Reformfreudigkeit in sich vereine — mit einem Wort: daß diese Bewegung den Fortschritt garantiere.

Inzwischen freilich zeigt das Beispiel Chiles — ungeachtet der Triumphfahrt Freis durch Europa im Jahr 1965 —, daß christlicher Sozialismus statt Fortschritt auch Stagnation bedeuten kann. Die Partei leidet unter dem Widerspruch, den ich oben geschildert habe: Von der Rechten verdächtigt und von der Linken erpreßt, bleibt ihr nur wenig Bewegungsfreiheit. Sie kann vielleicht, unter einem so geschickten Parlamentarier wie Eduardo Frei, an der Macht bleiben; sie könnte ihren Machtanspruch sogar befestigen, weil keine Alternative besteht, die eine Mehrheit der Wähler zu befriedigen vermöchte. Aber sie kann dem politischen Leben keine neue Grundlage geben; sie kann die Verkrampfungen, von denen die lateinamerikanischen Staaten chronisch befallen werden, nicht lösen. In einer Gesellschaftsordnung, die an Beweglichkeit gewonnen hat, fehlt ihr die kräftige Verankerung.

Auch der Einfluß der Kirche stellt eine gewisse Gefahr dar. Zwar sagt fast jeder Christlichsoziale oder Christlichdemokrat im persönlichen Gespräch, daß seine Partei durch die päpstlichen Enzykliken wohl inspiriert, nicht aber unmittelbar beeinflußt werde. Die Grenze zwischen diesen beiden Formen der Beeinflussung läßt sich allerdings nicht scharf ziehen, und es ist durchaus denkbar, daß in Zukunft noch weitere Spannungsherde entstehen, sobald irgendwelche Kleriker allzu eifrig nach politischem Einfluß streben. Diesen Einfluß bekommen nicht nur die Parteien mit «christlicher» Etikette zu fühlen, sondern gleichzeitig mit der Machtzunahme der Christlichsozialen läßt sich auch eine eigentliche von klerikaler Seite geschaffene Ideologie immer deutlicher und beharrlicher vernehmen. Mehr und mehr Priester beginnen sich — wie Dom Helder Camera — als Wortführer Südamerikas, genauer: der südamerikanischen «Revolution» zu betrachten. So sagte der kolumbianische Guerillero-Priester Pater *Camilo Torres* kurz vor seinem Tod, während er noch auf Soldaten schoß: «In der Lehre Christi finde ich die Begründung für die Revolution.»

Andere dagegen sprechen sich vorsichtiger aus, wenn sie auch nicht immer der Versuchung jener fragwürdigen Berühmtheit zu widerstehen vermögen, die ein Interview bringen kann. Solchen Ruhm erlangte der Jesuit *Del Coro*, der mehr oder weniger offen auf das Ungenügen der amerikanischen Entwicklungshilfe hinwies, oder Bischof *Ivan Illich* von Cuerhavaca, der, um einiges brutaler, die amerikanischen Missionare als «Sendboten der Kapitalisten» beschimpfte.

Liest man die Enzyklika «*Populorum Progressio*» von *Papst Paul VI.* aufmerksam durch, so bemerkt man bald, daß der päpstliche Text von der Unrast in der südamerikanischen Kirche nicht unberührt geblieben ist. Das kommt nicht von ungefähr: Wie mir der Erzbischof von Recife mitteilte, hat er selber in Rom um eine schriftliche Meinungsäußerung nachgesucht, die geeignet sei, die progressiven Bischöfe Lateinamerikas in ihrer Auseinandersetzung mit den konservativen Elementen des Kontinents zu unterstützen. Das war im September 1966. Im März 1967 wurde dann die genannte Enzyklika über den «Fortschritt der Völker» erlassen. Verschiedene Abschnitte — so Nr. 24 (der die Enteignung von Grundbesitz billigt und den Kapitaltransfer nach Banken in den USA und in der Schweiz verurteilt), Nr. 47 (über die Frage der Besteuerung und der Neuverteilung des Reichtums), Nr. 50 und 52 (die die Gründung internationaler Investitionsfonds und zentraler Planungsorganisationen verlangen) — sind offenbar als unmittelbare Unterstützung der progressiven Thesen gedacht. Übrigens hat der Vatikan bestätigt, daß bei der Abfassung der Enzyklika Pater *Lebret* maßgeblich beteiligt war; in Lateinamerika galt dieser Mann bis zu seinem kürzli-

chen Hinschied als der wichtigste Vertreter der progressiven katholischen Richtung.

Bei alledem handelt es sich zwar im Grunde um eine rein innerkirchliche Angelegenheit, aber in dem durch die castristische Wühlarbeit — man denke nur an die Vorfälle in Bolivien — erhitzten Klima Lateinamerikas tragen solche Äußerungen leicht dazu bei, die soziale Unrast zu verstärken. So kann man die christlichsozialen Parteien als eine Art Transmissionsriemen zwischen der Kirche, dieser heute in Gärung befindlichen Institution, und der politischen Bühne sehen.

Aus allen diesen Gründen hat sich dem Einfluß der Christlichsozialen seit 1964 eine andere politische Kraft entgegengestellt, deren eine Komponente in den Armeen zu finden ist, während die andere einer neuen Generation gebildeter und vorwärtsblickender Geschäftsleute angehört. Daß diese Kreise — bisher in Brasilien und Argentinien — an die Macht gelangt sind, ist zum Teil als Abwehr gegen die Gefahr des Castrismus zu deuten, bildet aber auch eine Reaktion auf das Bündnis der linksgerichteten Intelligentsia mit der Kirche, wie es sich in der christlichsozialistischen Bewegung darstellt. Hier liegt ein offener Konflikt. Man kann noch nicht von einer Doppelspurigkeit im politischen Leben Südamerikas sprechen, aber die wesentlichen Ereignisse auf diesem Kontinent werden während der nächsten Dekade zunehmend von diesen beiden Gruppierungen und ihrer natürlichen Gegnerschaft beeinflußt sein. Wer glaubt, die Unterscheidung zwischen «konservativ» und «liberal» gehöre der Vergangenheit an, wird vielleicht nur allzu bald erkennen, daß sich ein altes Spiel wiederholt, freilich mit neuen Figuren auf der politischen Bühne.